

Die Bundestagswahl 2013 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik

Eckhard Jesse

Bei der Bundestagswahl 2013 votierten 27,4 Prozent der 18- bis 24-jährigen Männer in den neuen Bundesländern für die Piratenpartei (11,3 Prozent), die AfD (9,0 Prozent) und die NPD 7,1 Prozent. Ganz anders sieht das Ergebnis dort bei den über 70-jährigen Frauen aus: Diese drei Parteien erlebten einen regelrechten Einbruch. Die Piratenpartei erreichte 0,3, die NPD 0,4 und die AfD 2,1 Prozent. Das – zugegeben: extreme – Beispiel erhellt das höchst unterschiedliche Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht. Es betrifft im ersten Fall nicht einmal 0,5 Prozent der Wähler, im zweiten über zwei Prozent. Für die Verlässlichkeit dieser Daten bürgt die amtliche repräsentative Wahlstatistik, deren wichtigste Ergebnisse für die Bundestagswahl 2013 der Beitrag im Folgenden dokumentiert.

1. Die amtliche repräsentative Wahlstatistik

Die Bundesrepublik ist nach wie vor der einzige Staat der Welt, der das Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht mit Hilfe der repräsentativen Wahlstatistik exakt ermittelt.¹ Sie besteht, bezogen auf die Bundestagswahlen, schon seit 1953², wurde nur 1994 und 1998 aus – wenig einleuchtenden – datenschutzrechtlichen Gründen ausgesetzt. In repräsentativ ausgewählten Wahlbezirken wird die Wahlbeteiligung ausgewertet (nach Geschlecht und zehn Altersgruppen)³, ebenso die Stimmabgabe (nach Geschlecht und sechs Altersgruppen): 18 bis 24, 25 bis 34, 35 bis 44, 45 bis 59, 60 bis 69, ab 70 Jahre.⁴ Das Gesetz über die allgemeine und die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland sieht für die Wahlbeteiligung höchstens zehn Altersgruppen vor, für die

- 1 Diese Zeitschrift hat den Ergebnissen der oft vernachlässigten Statistik hohe Aufmerksamkeit gewidmet. Vgl. zuletzt: *Eckhard Jesse*, Die Bundestagswahl 2009 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik, in: ZParl, 41. Jg. (2010), H. 1, S. 91 – 101. Für frühere Beiträge vgl. ebenda.
- 2 1953 wurden die Länder Bayern und Rheinland-Pfalz noch nicht einbezogen.
- 3 Zunächst erfolgte die Auswertung nach sieben (1953 bis 1961: 21 bis 24 Jahre, 25 bis 29 Jahre, 30 bis 39 Jahre, 40 bis 49 Jahre, 50 bis 59 Jahre, 60 bis 69 Jahre, ab 70 Jahre), später nach neun (1965 bis 1969: 21 bis 24, 25 bis 29, 30 bis 34, 35 bis 39, 40 bis 44, 45 bis 49, 50 bis 59, 60 bis 69, ab 70) und schließlich nach zehn Altersgruppen (seit 1972: 18 bis 20, 21 bis 24, 25 bis 29, 30 bis 34, 35 bis 39, 40 bis 44, 45 bis 49, 50 bis 59, 60 bis 69, ab 70).
- 4 Früher erfolgte die Auswertung zunächst nach drei (1953 bis 1961: 21 bis 29 Jahre; 30 bis 59 Jahre; ab 60 Jahre), später nach vier (1965 bis 1969: 21 bis 29; 30 bis 44; 45 bis 59; ab 60) und schließlich nach fünf Altersgruppen (1972 bis 2009: 18 bis 24; 25 bis 34; 35 bis 44; 45 bis 49; ab 60). Da die Gruppe der über 60-Jährigen von Wahl zu Wahl zunimmt, sah sich das Statistische Bundesamt dazu veranlasst, diese Alterskohorte zu teilen (60 bis 69 Jahre, ab 70 Jahre). Die Vergleichbarkeit geht nicht verloren, weist die Statistik doch nach wie vor die Gruppe der über 60-Jährigen gesondert aus. Dies war sinnvoll, weil die Gruppe der über 60-jährigen Wähler bei der Bundestagswahl 36,9 Prozent betrug (60 bis 69 Jahre: 14,6 Prozent; ab 70 Jahre: 22,3 Prozent). Die Größenordnung der anderen Wähler nach dem Alter: 18 bis 24 Jahre: 7,1 Prozent; 25 bis 34 Jahre: 12,2 Prozent; 35 bis 44 Jahre: 13,8 Prozent; 45 bis 59 Jahre: 29,9 Prozent).

Stimmabgabe höchstens sieben. Bei der Wahlbeteiligung müssen mindestens drei Jahrgänge zusammengefasst sein, bei der Stimmabgabe mindestens sieben. Damit ist es für die Wahlbeteiligung nicht mehr möglich, weitere Auffächerungen zu bilden, während bei den Altersgruppen eine zusätzliche Kategorie nicht ausgeschlossen ist. So wäre es angesichts der demographischen Entwicklung eine Überlegung wert, künftig die Gruppe der über 70-Jährigen in die der 70- bis 79-Jährigen und in die der über 80-Jährigen aufzuteilen.

Nach jeder Bundestagswahl – wie erwähnt bis auf 1994 und 1998 – wird im Abstand von einigen Monaten das Ergebnis für die Wahlbeteiligung und die Stimmabgabe veröffentlicht; weitere Monate später erfolgt in einem gesonderten Heft deren inhaltliche Auswertung.⁵ Ende Januar 2014 hielt der Bundeswahlleiter eine Pressekonferenz zu den Ergebnissen der Bundestagswahl 2013 ab⁶, und zeitgleich kam das entsprechende Heft heraus.⁷ Diesmal wurden 2809 Wahlbezirke ausgewertet (2.482 allgemeine und 327 Briefwahlbezirke). So ließen sich die Ergebnisse von 1,8 Millionen Wählern der insgesamt 44,3 Millionen erfassen⁸ (etwa vier Prozent der Wählerschaft). Die Zahlen sind exakt – der Begriff der repräsentativen Wahlstatistik verdient diesen Namen.⁹ Für die Erhebung der Wahlbeteiligung wurden die Wählerverzeichnisse ausgewertet, für die Ermittlung des Wahlverhaltens nach Alter und Geschlecht erhielten die Wähler Stimmzettel mit Unterscheidungsaufdruck nach Geschlecht und sechs Altersgruppen. Das Wahlgeheimnis bleibt davon unberührt.

2. Wahlbeteiligung

Mit 71,5 Prozent ist die Wahlbeteiligung gegenüber der Bundestagswahl 2009 um 0,7 Punkte gestiegen.¹⁰ Sie hat sich im Osten um 3,0 Punkte erhöht, im Westen hingegen le-

- 5 Vgl. für die Bundestagswahl 2009: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009, H. 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen, Wiesbaden 2010; dass. (Hrsg.), Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009, H. 5: Textliche Auswertung der Wahlergebnisse, Wiesbaden 2010.
- 6 Sie wurde diesmal von der Presse stärker wahrgenommen als früher. Vgl. *Daniel Deckers*, AfD scheiterte an der Ablehnung durch Frauen, in: FAZ vom 29. Januar 2014, S. 2.
- 7 Vgl. Der Bundeswahlleiter (Hrsg.), Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013, H. 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen, Wiesbaden 2014.
- 8 Vgl. ebenda, S. 99.
- 9 Die Ergebnisse der Wahltagsbefragung der Institute erfährt die Öffentlichkeit noch am selben Abend. Diesmal erwiesen sich die Angaben sowohl der Forschungsgruppe Wahlen als auch die von Infratest dimap als recht genau. In der Vergangenheit war dies nicht immer der Fall. Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2013, Mannheim 2013, S. 42 – 45; die Forschungsgruppe Wahlen hat in 402 Wahlbezirken das Stimmverhalten von 46.595 Wählern nach dem Alter und Geschlecht erhoben (ebenda, S. 58), Infratest dimap in 640 Stimmbezirken das von 104.584 Wählern. Infratest dimap, Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 2. September 2013, Berlin 2013, S. 3; zu den Ergebnissen ebenda, S. 45 – 48.
- 10 Wenn sie in der repräsentativen Wahlstatistik um 0,9 Punkte höher ausgewiesen wird, hängt das damit zusammen, dass die Wahrscheininhaber prinzipiell als Briefwähler zählen, obwohl nur etwa 95 Prozent von der Briefwahl Gebrauch machen. Die Diskrepanz erklärt sich mit der enorm hohen Briefwählerquote (24,3 Prozent), der bisher höchsten bei einer Bundestagswahl. Vgl. Der Bundeswahlleiter, a.a.O. (Fn. 7), S. 102. Im Gegensatz zur Bundestagswahl 2009 stieg die „Partei der Nichtwähler“ nicht zur stärksten Kraft auf. 28,5 Prozent der Nichtwähler waren knapp weniger als die 41,5 Prozent Unionswähler.

diglich um 0,5 Punkte, liegt damit im Wahlgebiet Ost (68,1 Prozent) aber immer noch deutlich unter der im Wahlgebiet West (73,4 Prozent).¹¹ Offenbar ist in den neuen Bundesländern der Glaube an die Veränderbarkeit der Politik durch Wahlen geringer als in den alten.¹² Die Unterschiede bei der Wahlbeteiligung zwischen den Geschlechtern sind nahezu geschwunden, betragen nur mehr 0,6 Punkte. Hier ließe sich von einer „Emanzipation mit dem Stimmzettel“¹³ sprechen. Die weitaus größte Diskrepanz zwischen den Geschlechtern in den zehn Altersgruppen findet sich bei den über 70-Jährigen. Während 79,9 Prozent der Männer an der Wahl teilnahmen, waren es bei den Frauen bloß 71,3 Prozent.¹⁴ Der erste Wert übertraf die durchschnittliche Wahlbeteiligung um 7,5 Punkte, der zweite unterbot sie um 1,1 Punkte. In dieser Gruppe sind weitaus mehr Frauen alleinstehend als Männer, und soziale Isolation hemmt die Teilnahme am politischen Geschehen. Ohne die über 70-jährigen Wahlberechtigten würde der Wahleifer der Frauen den der Männer dominieren.

Die Angleichung in der Wahlbeteiligung blieb bei den Altersgruppen aus (vgl. Tabelle 1). Wie bei früheren Bundestagswahlen zeigt sich ein typischer Verlauf. Die Wahlbeteiligungsquote steigt von der zweiten (21 bis 24 Jahre) bis zur vorletzten Altersgruppe (60 bis 69 Jahre) kontinuierlich an: 2013 von 60,3 auf 79,8 Prozent. Die Wahlbeteiligung der ersten Altersgruppe (2013: 64,2 Prozent) ist fast immer höher als die der 21- bis 24-Jährigen (2013: 60,3 Prozent) und der 25- bis 29-Jährigen (2013: 62,4 Prozent). Die 18- bis 20-Jährigen wohnen weit häufiger als die 21- bis 24-Jährigen und die 25- bis 29-Jährigen bei ihren Eltern – sie sehen sich dadurch einem gewissen „Gruppendruck“ ausgesetzt, an der Wahl teilzunehmen. Außerdem ist die geographische Mobilität bei den nachfolgenden Alterskohorten deutlich größer, bedingt etwa durch das Studium. Der „Erstwahleffekt“ – der Reiz des Neuen – spielt wohl keine Rolle.¹⁵ Der Abstand zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Wert (in Mecklenburg-Vorpommern gingen lediglich 44,9 der 21- bis 24-jährigen Männer zur Wahl, in Baden-Württemberg 82,8 Prozent der 60- bis 69-jährigen Männer)¹⁶ beträgt fast 40 Prozentpunkte.

Die unterschiedlich hohe Wahlbeteiligung hängt nicht nur von den verschiedenen Altersgruppen ab, wie die repräsentative Wahlstatistik nahelegen könnte. Studien haben gezeigt, dass sie stark durch den sozialen Status bestimmt ist: Je schwächer die soziale Lage ist, umso geringer fällt die Wahlbeteiligungsquote aus.¹⁷ Eine niedrige Wahlbeteiligung begünstigt damit „bürgerliche“ Parteien, wobei in diesem Fall der Begriff „bürgerliche“ auch für die Grünen gilt. Die beträchtliche Wahlabstinz ist dabei nicht mit generell mangelnder Partizipationsbereitschaft gleichzusetzen. Andere Formen der politischen Beteiligung,

11 Vgl. Der Bundeswahlleiter, a.a.O. (Fn. 7), S. 12.

12 Vgl. Robert Rohrschneider / Rüdiger Schmitt-Beck / Franziska Jung, Vereint, doch immer noch verschieden: ost- und westdeutsche Wähler bei der Bundestagswahl 2009 im Vergleich, in: Bernhard Wefels / Harald Schoen / Oscar W. Gabriel (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009, Wiesbaden 2013, S. 360 – 379, S. 363, S. 376.

13 Vgl. Joachim Hofmann-Göttig, Emanzipation mit dem Stimmzettel. 70 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland, Bonn 1986.

14 Vgl. Der Bundeswahlleiter, a.a.O. (Fn. 7), S. 12.

15 Siehe bereits Bernd Buchhofer / Jürgen Friedrichs / Hartmut Lüdtke, Hypothese über die Ursachen geringer Wahlbeteiligung von jüngeren Altersgruppen, in: ZParl, 1. Jg. (1970), H. 2, S. 164 – 170.

16 Vgl. Der Bundeswahlleiter, a.a.O. (Fn. 7), S. 12.

17 Vgl. zusammenfassend Armin Schäfer, Wahlbeteiligung und Nichtwähler, in: APuZ, B 48-49/2013, S. 39 – 46.

Tabelle 1: Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach Altersgruppen bei der Bundestagswahl 2013 im Vergleich zur Bundestagswahl 2009 (Angaben in Prozent; Differenz in Prozentpunkten)*

Alter	Männer	Frauen	Zusammen
18 bis 20 Jahre	64,4 (+1,2)	64,1 (+1,4)	64,2 (+1,2)
21 bis 24 Jahre	59,9 (+0,5)	60,7 (+1,8)	60,3 (+1,2)
25 bis 29 Jahre	61,4 (+1,1)	63,3 (+1,3)	62,4 (+1,2)
30 bis 34 Jahre	64,5 (+0,3)	66,6 (+0,7)	65,5 (+0,4)
35 bis 39 Jahre	67,8 (-0,2)	69,6 (-0,3)	68,7 (-0,2)
40 bis 44 Jahre	71,1 (-0,5)	73,7 (+0,5)	72,4 (0,0)
45 bis 49 Jahre	73,9 (+1,3)	75,4 (+1,6)	74,7 (+1,5)
50 bis 59 Jahre	75,2 (+0,9)	75,8 (+0,6)	75,5 (+0,7)
60 bis 69 Jahre	79,9 (-0,5)	79,7 (0,0)	79,8 (-0,2)
ab 70 Jahre	79,9 (+1,5)	71,3 (+2,2)	74,8 (+2,0)
alle	72,7 (+0,9)	72,1 (+1,1)	72,4 (+1,0)

* Anteil der Wähler mit Stimmvermerk und Wahlberechtigte mit Wahlscheinvermerk im Wählerverzeichnis an den Wahlberechtigten.
 Lesehinweis: Die Wahlbeteiligung der 45- bis 49-jährigen Frauen betrug 2013 75,4 Prozent und damit 1,6 Punkte mehr als 2009.
 Quelle: Der Bundeswahlleiter (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 7), S. 11.

etwa der nicht verfassten Protest- und problemorientierten Partizipation (z.B. Bürgerinitiativen, Demonstrationen), stoßen seit Jahren auf größeres Interesse.¹⁸ Die gesunkene Wahlbeteiligung ist im Übrigen keineswegs bloß ein deutsches Phänomen.¹⁹ Stärker als in Deutschland war der Rückgang in den letzten Jahrzehnten etwa in Finnland, Frankreich, den Niederlanden und in Tschechien. In absoluten Werten bewegt sich die Bundesrepublik im europäischen Mittelfeld. In der Schweiz die mitunter als „Musterdemokratie“ gilt, tritt demgegenüber seit 1979 nicht einmal jeder Zweite den Gang zur Wahlurne an. Das muss kein Zeichen niedriger Demokratiequalität sein, denn politische Partizipation zielt – erstens – nicht nur auf Parlamentswahlen und wurzelt – zweitens – nicht zwangsläufig in Unzufriedenheit.

3. Stimmabgabe nach dem Geschlecht

Was die Stimmabgabe nach dem Geschlecht betrifft, ist die Union erneut eher eine „Frauenpartei“ (vgl. Tabelle 2). 44,3 Prozent der Frauen votierten für sie, „nur“ 38,6 Prozent der Männer. Die Schere ging 2013 gegenüber 2009 weiter auseinander, wenngleich nicht annä-

18 Vgl. Frank Decker / Marcel Lewandowsky / Marcel Solar, Demokratie ohne Wähler? Neue Herausforderungen der politischen Partizipation, Bonn 2013, S. 124 – 133. Vgl. auch Bernhard Wefßels, Politisches Interesse und politische Partizipation, in: Statistisches Bundesamt / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hrsg.), Datenreport 2013. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2013, S. 363 – 369, online verfügbar: <http://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2013/demokratie-und-politische-partizipation/174063/politisches-interesse-und-politische-partizipation> (Abruf am 19. Januar 2014).

19 Vgl. Dorothee de Néve, NichtwählerInnen – eine Gefahr für die Demokratie?, Opladen / Farmington Hills 2009.

Tabelle 2: Stimmabgabe der Männer und Frauen bei der Bundestagswahl 2013 im Vergleich zur Bundestagswahl 2009 (Angaben in Prozent; Differenz in Prozentpunkten)

Partei	Männer		Frauen		Zusammen	
CDU/CSU	38,6	(+7,6)	44,3	(+7,9)	41,5	(+7,7)
SPD	26,6	(+3,6)	25,0	(+1,9)	25,7	(+2,7)
Die Linke	9,1	(-4,2)	8,1	(-2,5)	8,6	(-3,3)
Grüne	7,3	(-2,1)	9,6	(-2,4)	8,4	(-2,3)
FDP	5,5	(-10,6)	4,1	(-9,0)	4,8	(-9,8)
AfD	5,9	(+5,9)	3,6	(+3,6)	4,7	(+4,7)
Sonstige	7,1	(-0,2)	5,4	(+0,6)	6,2	(+0,2)

Lesehinweis: Die SPD erreichte 2013 bei den Frauen 25,0 Prozent und damit 1,9 Punkte mehr als 2009.
Quelle: Der Bundeswahlleiter (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 7), S. 13, S. 74.

hernd so sehr wie 2009 gegenüber 2005. Seinerzeit verlor die Union bei den Männern 3,8 Prozentpunkte, gewann aber 0,9 Punkte bei den Frauen. War die SPD 2009 bei den Geschlechtern gleich stark (besser: gleich schwach), erzielte sie diesmal bei den Männern mit 3,6 Punkten Zugewinn fast das Doppelte mehr im Vergleich zu den Frauen (1,9 Punkte). Die Annahme eines Frauenbonus der Union wegen Kanzlerin *Angela Merkel* liegt auf der Hand. 2002, als der bei manchen Frauen nicht eben wohlgeleitene *Edmund Stoiber* Kanzlerkandidat der Union war, erreichte diese bei den Männern 1,4 Prozentpunkte mehr als die SPD, die SPD – auch dank *Gerhard Schröder* – hingegen bei den Frauen 3,5 Punkte mehr als die Union.²⁰ 1990 gewann die Union bei den Frauen 2,8 Punkte mehr als bei den Männern, die SPD bei den Männern 0,5 Punkte mehr als bei den Frauen. Damit hat sich das Wahlverhalten, was die Präferenzen der Geschlechter betrifft, mehrfach verändert.

Die Differenz zwischen Männern (9,1 Prozent) und Frauen (8,1 Prozent) bei der Wählerschaft der Linken ist wieder geschrumpft – sie hat etwa das Niveau von Anfang der neunziger Jahre erreicht: 1990 votierten 2,8 Prozent der Männer für die PDS und 2,5 Prozent der Frauen. Bei den Bundestagswahlen 2005 und 2009 war der Abstand zwischen dem Männer- und dem Frauenanteil weitaus größer. So gaben 2009 13,3 Prozent der Männer und nur 10,6 Prozent der Frauen den Postkommunisten ihre Stimme. Der Hauptgrund dafür ist: Die Wähler neigten im Westen stärker der hier besonders radikalen, gesellschaftlich wenig verankerten Kraft zu. Bekanntermaßen präferieren Männer solche Parteien eher als Frauen. Das gilt auch 2013: Im Westen stimmten 6,2 Prozent der Männer für die Linke und lediglich 5,0 Prozent der Frauen, im Osten hingegen 22,9 Prozent der Männer und 22,5 Prozent der Frauen.

Die Grünen sind im Osten wie im Westen eine „Frauenpartei“. Auf drei Männer kommen in ihrem Elektorat vier Frauen. Damit bestätigte sich die Tendenz vom letzten Mal. Offenbar zahlt es sich bei Frauen aus, dass die Grünen stärker „weiche“ Themen ansprechen (wie soziale Fragen und Umweltschutz). In den achtziger Jahren schnitt die Partei bei den Männern (1980: 1,6 Prozent; 1983: 5,9 Prozent; 1987: 8,3 Prozent) besser ab als bei

²⁰ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002, H. 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter, Wiesbaden 2003.

den Frauen (1980: 1,2 Prozent; 1983: 4,8 Prozent; 1987: 7,7 Prozent), allerdings mit sinkender Tendenz.²¹ 1990 war die geschlechtsspezifische Differenz bei der Wählerschaft der Partei minimal (Männer: 4,6 Prozent; Frauen 4,9 Prozent). Die Annahme, dass der höhere Frauenanteil überproportional auf die neuen Bundesländer zurückgeht, trifft nicht zu. So votierten 2013 7,9 Prozent der westdeutschen Männer und 10,4 Prozent der westdeutschen Frauen für die Grünen (neue Bundesländer: 4,5 zu 5,7 Prozent).²² Gegenüber den achtziger Jahren ist damit ein Wandel eingetreten.

Gegenläufig ist die Entwicklung bei der FDP, die eine „Männerpartei“ geworden ist. War die Partei bei den Männern (11,0 Prozent) gegenüber den Frauen (10,6 Prozent) 1990 bloß schwach überrepräsentiert²³, sieht das heute anders aus: 2013 votierten 5,5 Prozent der Männer für die Liberalen, aber nur 4,1 Prozent der Frauen. Auf acht Frauen kommen elf Männer. Diese Spezifika treffen für Ost (2,9 zu 2,4 Prozent) und West (6,0 zu 4,5 Prozent) gleichermaßen zu.²⁴

Die AfD ist noch klarer eine „Männerpartei“ als die FDP (5,9 versus 3,6 Prozent). Das Verhältnis von 5:3 zugunsten des männlichen Geschlechts verwundert nicht, denn ihre euroskeptischen Kampagnen sprechen offenkundig mehr Männer als Frauen an. Die Unterschiede zwischen Ost und West halten sich bei der geschlechtsspezifischen Zusammensetzung der Wählerschaft in Grenzen (Ost: 7,1 zu 4,7 Prozent; West: 5,6 zu 3,4 Prozent).

Das gilt nicht für die „sonstigen Parteien“. Im Wahlgebiet West standen 6,7 Prozent bei den Männern 5,3 Prozent bei den Frauen gegenüber, im Wahlgebiet Ost hingegen lag dieses Verhältnis bei 8,9 zu 5,7 Prozent.²⁵ Dies hing mit dem höheren Anteil der NPD in den neuen Bundesländern zusammen (Ost: 2,8 Prozent; West: 1,0 Prozent). Die Rechtsextremen sind bei den Männern stark überrepräsentiert. Im Wahlgebiet Ost votierten 4,0 Prozent der Männer und lediglich 1,7 Prozent der Frauen für die NPD.²⁶

4. Stimmabgabe nach dem Alter

2013 zeigten sich in allen Altersgruppen dieselben Tendenzen (die Union und die SPD gewannen stets, die Linke, die Grünen und die FDP verloren überall) – die einst starken Unterschiede haben sich etwas eingeebnet (vgl. Tabelle 3), sind aber insgesamt stärker als die geschlechtsspezifischen. Für die Union gilt das am wenigsten. Sie konnte sich in ihrer schwächsten Altersgruppe – bei den 18- bis 24-Jährigen – mit 5,5 Punkten am geringsten verbessern, allerdings auch in ihrer weitaus stärksten Gruppe – bei den über 60-Jährigen – „nur“ um 6,0 Punkte (insgesamt 48,4 Prozent). Hingegen lag die Steigerung bei den 35- bis 44-Jährigen um 10,3 Punkte weit über dem Durchschnitt. In der Altersgruppe der über 70-Jährigen, für die erstmals Angaben erhoben wurden, kam die Union mit 51,9 Prozent auf eine absolute Mehrheit der Stimmen. Sie spricht traditionsgemäß stärker Personen an, die gesellschaftliche Veränderungen nicht anstreben – wie zumeist die alten Wähler.

21 Vgl. Der Bundeswahlleiter, a.a.O. (Fn. 7), S. 19, S. 21.

22 Vgl. ebenda, S. 74 f.

23 Vgl. ebenda, S. 19, S. 21.

24 Vgl. ebenda, S. 74 f.

25 Vgl. ebenda.

26 Vgl. ebenda, S. 75. Für das Wahlgebiet West ließen sich angesichts der geringen NPD-Anteile keine exakten Zahlen in allen Bundesländern eruieren.

Tabelle 3: Stimmabgabe der Altersgruppen bei der Bundestagswahl 2013 im Vergleich zur Bundestagswahl 2009 (Angaben in Prozent; Differenz in Prozentpunkten)

	18 bis 24 Jahre	25 bis 34 Jahre	35 bis 44 Jahre	45 bis 59 Jahre	ab 60 Jahre*	60 bis 69 Jahre	ab 70 Jahre	Zusammen
CDU/CSU	31,6 (+5,5)	36,5 (+6,8)	40,4 (+10,3)	38,3 (+8,9)	48,4 (+6,0)	43,1 (-)	51,9 (-)	41,5 (+7,7)
SPD	24,5 (+6,3)	21,9 (+4,9)	21,7 (+1,5)	26,3 (+2,9)	28,4 (+1,1)	28,4 (-)	28,3 (-)	25,7 (+2,7)
Die Linke	7,4 (-2,9)	8,6 (-1,9)	8,0 (-3,2)	9,8 (-5,4)	8,0 (-2,4)	10,1 (-)	6,7 (-)	8,6 (-3,3)
Grüne	11,9 (-3,5)	10,7 (-3,1)	11,2 (-3,6)	10,4 (-2,1)	4,3 (-0,7)	6,3 (-)	3,3 (-)	8,4 (-2,3)
FDP	4,9 (-10,4)	4,7 (-13,6)	4,9 (-11,7)	4,4 (-10,0)	5,0 (-7,2)	4,9 (-)	5,2 (-)	4,8 (-9,8)
AfD	5,3 (+5,3)	5,4 (+5,4)	5,5 (+5,5)	5,4 (+5,4)	3,5 (+3,5)	4,6 (-)	2,8 (-)	4,7 (+4,7)
Sonstige	14,4 (-0,3)	12,1 (+1,4)	8,2 (+1,1)	5,5 (+0,5)	2,4 (-0,3)	3,2 (-)	1,8 (-)	6,2 (+0,2)

* Kumulierte Altersgruppe aus den 60- bis 69-Jährigen und den über 70-Jährigen.

Lesehinweis: Die SPD erreichte 2013 bei den 45- bis 59-Jährigen 26,3 Prozent und damit 2,9 Punkte mehr als 2009.

Quelle: Der Bundeswahlleiter (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 7), S. 16 f., S. 74. Errechnet durch den Verfasser.

Die SPD legte dort überproportional zu, wo sie insgesamt schwach (gewesen) war und gewann dort unterproportional, wo sie (relativ) stark (gewesen) war. So steigerte sie sich in ihren beiden schwächsten Altersgruppen, den jüngeren Wählern, mit 6,3 Punkten beziehungsweise 4,9 Punkten – hingegen konnte sie in ihrer Hochburg, bei den über 60-Jährigen, nur 1,1 Punkte zulegen. Betrug die Differenz zwischen der schwächsten und der stärksten SPD-Altersgruppe 2009 10,3 Punkte, ist diese 2013 auf 6,7 Punkte zurückgegangen – trotz des gestiegenen Stimmenanteils der SPD.

Gleiches trifft auf die Linke zu. Die Abweichung zwischen ihrer stärksten und ihrer schwächsten Altersgruppe ist auf 2,4 Punkte geschrumpft (2009: 4,9 Punkte), weil die Partei bei den 45- bis 59-Jährigen einen massiven Einbruch in Höhe von 5,4 Punkten zu verzeichnen hatte. Gleichwohl erhält sie in dieser Alterskohorte nach wie vor die meisten Stimmen, vielleicht deshalb, weil hier die Angst vor Arbeitslosigkeit besonders groß ist. Überraschend erscheint der Sachverhalt, dass die Partei bei den 60- bis 69-Jährigen mit 10,1 Prozent am besten und bei den über 70-Jährigen mit 6,7 Prozent am schlechtesten abgeschnitten hat. Diese hohe Differenz – 5,8 Prozent (60 bis 69 Jahre) und 2,8 Prozent (ab 70 Jahre) – gilt nur für die alten Länder, wo Antikommunismus zumal in der älteren Generation stärker verankert ist. In den neuen Ländern war die Altersgruppe der über 70-Jährigen die zweitstärkste (24,9 Prozent).

Die Grünen sind nach wie vor eine junge Partei, doch wurden die Unterschiede 2013 etwas nivelliert. Sie verloren in den jüngeren Altersgruppen deutlich stärker als in den älteren. Erreichten sie bei den 60- bis 69-Jährigen immerhin 6,3 Prozent, langte es bei den über 70-Jährigen nur zu 3,3 Prozent. Das bereits vor zwei Jahrzehnten diagnostizierte „Ergrauen der Grünen“²⁷ schreitet weiter voran. Allerdings blieb die Partei in der jüngsten Altersgruppe am stärksten, und bei den über 60-Jährigen fiel sie trotz der geringen Verluste von 0,7 Punkten unter fünf Prozent.

Das juvenile Erscheinungsbild, das sich die Liberalen im letzten Jahrzehnt zugelegt hatten, blieb bei den Wahlen seit 2002 nicht ohne Konsequenzen für die Altersstruktur ihrer Wählerschaft. Die Bundestagswahl 2013 stellte in dieser Hinsicht einen Rückschlag dar. Die FDP schnitt in allen Altersgruppen nahezu gleich (schlecht) ab, am besten noch bei den über 70-Jährigen mit 5,2 Prozent. Die Verluste fielen mit 13,6 Punkten in der für die FDP 2009 stärksten und nunmehr schwächsten Altersgruppe überproportional hoch aus.

Die AfD lag in den vier Altersgruppen bis 60 Jahre jeweils über der Fünf-Prozent-Hürde (nahezu gleichmäßig von 5,3 bis 5,5 Prozent), in der Altersgruppe der 60- bis 69-Jährigen mit 4,6 knapp und in jener der ab 70-Jährigen mit 2,8 Prozent klar darunter. Dies war der ausschlaggebende Grund für ihr Scheitern an der Sperrklausel. Es darf vermutet werden, dass offenbar alte Wähler für Protest weniger empfänglich sind.

Die übrigen Parteien schnitten mit zunehmendem Alter umso schlechter ab: von 14,4 Prozent (18 bis 24 Jahre) über 12,1 Prozent (25 bis 34 Jahre), 8,2 Prozent (35 bis 44 Jahre), 5,5 Prozent (45 bis 59 Jahre), 3,2 Prozent (60 bis 69 Jahre) bis zu 1,8 Prozent (ab 70 Jahre).

27 Vgl. *Wilhelm P. Bürklin / Russel J. Dalton*, Das Ergrauen der Grünen, in: *Hans-Dieter Klingemann / Max Kaase* (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1990*, Opladen 1994, S. 264 – 302; ferner *Markus Klein / Kai Arzheimer*, Grau in Grau. Die Grünen und ihre Wähler nach eineinhalb Jahrzehnten, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 49. Jg. (1997), H. 4, S. 536 – 559.

So unterschiedlich die extremistische NPD (1,3 Prozent) und die demokratische Piratenpartei (2,2 Prozent), die über die Hälfte des Stimmenreservoirs der „Sonstigen“ bilden, auch sind: Der Umstand, dass bei der Wählerschaft dieser Parteien Protestmotive eine starke Rolle spielen, ist verantwortlich für das überproportional gute Abschneiden bei den Jungwählern. Die Piratenpartei erhielt in den neuen Bundesländern 9,6 Prozent bei den 18- bis 24-Jährigen und 6,3 Prozent bei den 25- bis 34-Jährigen (in den alten Bundesländern: 7,3 und 5,3 Prozent), die NPD 5,7 und 5,3 Prozent.²⁸

5. Kombination von Alter und Geschlecht

Wer Alter und Geschlecht kombiniert sowie das Wahlverhalten im Osten und Westen einbezieht, gelangt zu weiteren aufschlussreichen Erkenntnissen: Die Union erreichte ihr bestes Ergebnis bei den über 70-jährigen Frauen (55,1 Prozent), die SPD in dieser Altersgruppe bei den Männern (29,8 Prozent), die Linke bei den 45- bis 59-jährigen Männern (10,1 Prozent), Bündnis 90/Grüne bei den 18- bis 24-jährigen Frauen (15,3 Prozent), die FDP bei den über 70-jährigen Männern (5,9 Prozent), die AfD bei den 35- bis 44-jährigen Männern (6,9 Prozent) und die Vielzahl der „Sonstigen“ bei den 18- bis 24-jährigen Männern (16,6 Prozent) (vgl. Tabelle 4).

Die Union kam im Westen bei den über 70-jährigen Frauen auf 56,5 Prozent, bei den 18- bis 24-jährigen im Osten hingegen bloß auf 26,4 Prozent. Die SPD erreichte bei den 60- bis 70-jährigen Männern im Westen 31,8 Prozent, bei den 35- bis 44-jährigen Frauen in den neuen Bundesländern lediglich 13,7 Prozent. Die Extremwerte für die Linke: 29,0 Prozent (60- bis 69-jährige Männer in den neuen Ländern) und 2,2 Prozent (über 70-jährige Frauen in den alten Ländern); für die Grünen: 15,8 Prozent (18- bis 24-jährige Frauen in den alten Ländern) und 2,2 Prozent (über 70-jährige Männer in den neuen Ländern); für die Liberalen: 6,7 Prozent (über 70-jährige Männer in den alten Ländern) und 1,9 Prozent (über 70-jährige Frauen in den neuen Ländern). Am besten schnitt die AfD im Wahlgebiet Ost bei den 18- bis 24-jährigen Männern mit 9,0 Prozent der Stimmen ab, am schlechtesten im Wahlgebiet West bei den über 70-jährigen Frauen mit 2,1 Prozent. Die „Ausreißer“ für die „Sonstigen“ lauten: 20,7 Prozent (Wahlgebiet Ost, 18 bis 24 Jahre) und 1,7 Prozent (Wahlgebiet West, ab 70 Jahre).²⁹ Diese Differenzen nach Alter, Geschlecht und Wahlgebiet sind beträchtlich – stärker bei den kleineren Parteien als bei den Volksparteien.³⁰ Auf der Ebene der Länder sind noch krassere Unterschiede sichtbar. Am Beispiel der beiden großen Parteien: Die SPD erreichte in Sachsen bei den 35- bis 44-jährigen Frauen ganze 10,9 Prozent, und die CSU verfehlte in Bayern bei den über 70-jährigen Frauen mit stolzen 64,2 Prozent nur knapp die Zweidrittelmehrheit.³¹

28 Vgl. Der Bundeswahlleiter, a.a.O. (Fn. 7), S. 74 f. Für die NPD waren nicht in allen alten Bundesländern repräsentative Angaben zu ermitteln (vgl. Fn. 26).

29 Vgl. Der Bundeswahlleiter, a.a.O. (Fn. 7), S. 74 f.

30 Vergleicht man die Abweichungen im Wahlverhalten in den alten und neuen Bundesländern – mit Blick auf Alter und Geschlecht –, ergibt sich kein klares Bild.

31 Vgl. ebenda, S. 70, S. 72.

Tabelle 4: Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter bei der Bundestagswahl 2013 im Vergleich zur Bundestagswahl 2009 (Angaben in Prozent; Differenz in Prozentpunkten)

Alter	Wahljahr	CDU/CSU		SPD		Die Linke		Grüne		FDP		AFD		Sonstige	
		Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
18 bis 24 Jahre	2013	29,7	33,7	25,2	23,8	7,3	7,5	8,7	15,3	5,7	4,0	6,7	3,9	16,6	11,9
	zu 2009	(+5,7)	(+5,5)	(+7,3)	(+5,3)	(-2,4)	(-3,4)	(-3,4)	(-3,6)	(-11,6)	(-9,3)	(+6,7)	(+3,9)	(-2,3)	(+1,7)
25 bis 34 Jahre	2013	34,4	38,7	22,1	21,8	8,7	8,5	8,6	12,8	5,4	4,1	6,7	4,2	14,1	10,0
	zu 2009	(+7,1)	(+6,6)	(+4,0)	(+3,0)	(-2,2)	(-1,5)	(-3,0)	(-3,3)	(-15,1)	(-12,0)	(+6,7)	(+4,2)	(+0,6)	(+2,1)
35 bis 44 Jahre	2013	38,4	42,6	22,1	21,4	8,3	7,8	9,5	12,9	5,6	4,1	6,9	4,1	9,3	7,1
	zu 2009	(+10,4)	(+10,4)	(+1,9)	(+1,2)	(-3,7)	(-2,5)	(-3,1)	(-4,8)	(-13,3)	(-10,3)	(+6,9)	(+4,1)	(+1,0)	(+1,2)
45 bis 59 Jahre	2013	36,4	40,1	27,2	25,3	10,1	9,4	9,0	11,8	5,0	3,7	6,4	4,3	5,9	5,3
	zu 2009	(+9,1)	(+8,6)	(+3,4)	(+2,4)	(-6,8)	(-4,1)	(-2,0)	(-2,3)	(-10,4)	(-9,8)	(+6,4)	(+4,3)	(+0,4)	(+0,7)
ab 60 Jahre*	2013	44,2	51,8	29,8	27,2	9,2	7,1	4,0	4,6	5,8	4,4	4,6	2,6	2,5	2,2
	zu 2009	(+5,1)	(+6,5)	(+2,2)	(+0,1)	(-3,3)	(-1,5)	(-0,6)	(-0,8)	(-7,5)	(-6,9)	(+4,6)	(+2,6)	(-0,5)	(-0,2)
60 bis 69 Jahre	2013	39,2	46,7	29,7	27,2	11,1	9,0	5,3	6,3	5,6	4,2	5,8	3,5	3,3	3,0
	zu 2009	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)	(+5,8)	(+3,5)	(-)	(-)
ab 70 Jahre	2013	47,9	55,1	29,8	27,1	7,7	5,9	3,0	3,6	5,9	4,6	3,7	2,1	3,4	1,7
	zu 2009	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)	(+3,7)	(+2,1)	(-)	(-)
Zusammen	2013	38,6	44,3	26,6	25,0	9,1	8,1	7,3	9,6	5,5	4,1	5,9	3,6	7,1	5,4
	zu 2009	(+7,6)	(+7,9)	(+3,6)	(+1,9)	(-4,2)	(-2,5)	(-2,1)	(-2,4)	(-10,6)	(-9,0)	(+5,9)	(+3,6)	(-0,2)	(+0,6)

* Kumulierte Altersgruppe aus den 60- bis 69-jährigen und den über 70-jährigen.

Lesehinweis: Die FDP erreichte bei den 35- bis 44-jährigen Männern 5,6 Prozent und damit 13,3 Punkte weniger als 2009.

Quelle: Der Bundeswahlleiter (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 7), S. 18 – 21. Errechnet durch den Verfasser.

Tabelle 5: Wählerschaft der Parteien nach Geschlecht und Altersgruppen 2013 im Vergleich zu 2009 (in Prozent)

Partei	Von 100 gültigen Zweitstimmen für die jeweilige Partei wurden abgegeben von Wählern im Alter von ...														
	18 bis 24 Jahre		25 bis 34 Jahre		35 bis 44 Jahre		45 bis 59 Jahre		60 und mehr Jahre*		60 bis 69 Jahre		70 und mehr Jahre		
	2013	2009	2013	2009	2013	2009	2013	2009	2013	2009	2013	2009	2013	2009	
Insgesamt															
CDU	5,4	6,3	10,7	8,6	13,4	14,9	27,7	29,0	42,8	41,1	15,0	15,0	27,8	27,8	
SPD	7,0	6,1	10,5	10,1	11,7	15,1	30,7	24,9	40,2	43,8	15,9	15,9	24,3	24,3	
FDP	7,5	8,5	12,2	14,7	14,2	19,4	27,3	28,3	38,9	29,1	14,8	14,8	24,1	24,1	
Die Linke	6,2	7,0	12,2	10,3	12,9	16,0	34,1	36,5	34,7	30,2	17,2	17,2	17,5	17,5	
Grüne	10,3	11,6	15,6	15,1	18,3	23,5	36,9	33,5	18,9	16,3	10,0	10,0	8,9	8,9	
CSU	6,4	6,4	11,4	10,8	14,1	15,5	27,9	24,8	40,2	42,5	15,7	15,7	24,5	24,5	
Sonstige	13,1	19,7	20,1	20,8	17,5	20,3	30,0	23,9	19,2	15,4	10,1	10,1	9,1	9,1	
Insgesamt	7,1	8,0	12,2	11,7	13,8	17,0	29,9	28,6	36,9	34,7	14,6	14,6	22,3	22,3	
Männer															
CDU	5,8	6,6	11,1	8,5	14,0	15,4	29,2	30,4	39,9	39,0	14,7	14,7	25,2	25,2	
SPD	7,4	6,6	10,5	10,5	11,8	15,7	31,6	25,9	38,7	41,3	16,1	16,1	22,5	22,5	
FDP	8,1	9,1	12,4	15,4	14,6	20,6	28,3	28,1	36,6	26,9	14,8	14,8	21,8	21,8	
Die Linke	6,0	6,2	11,9	9,9	12,8	15,9	34,1	37,4	35,2	30,5	17,9	17,9	17,3	17,3	
Grüne	9,2	11,0	15,0	15,0	18,3	23,6	38,3	34,5	19,2	15,8	10,8	10,8	8,5	8,5	
CSU	6,8	6,7	12,0	11,4	14,6	16,5	29,3	25,7	37,4	39,7	15,3	15,3	22,1	22,1	
Sonstige	13,8	22,1	20,7	22,4	17,9	20,1	29,2	22,0	18,5	13,5	10,0	10,0	8,6	8,6	
Insgesamt	7,5	8,5	12,5	12,1	14,2	17,6	30,8	29,3	34,9	32,5	14,6	14,6	20,3	20,3	
Frauen															
CDU	5,1	6,1	10,3	8,7	12,9	14,5	26,5	27,7	45,1	43,1	15,2	15,2	29,9	29,9	
SPD	6,6	5,8	10,5	9,8	11,6	14,6	29,7	24,1	41,7	45,7	15,7	15,7	26,0	26,0	
FDP	6,7	7,7	11,8	13,8	13,6	18,2	26,2	28,6	41,6	31,7	14,7	14,7	26,9	26,9	
Die Linke	6,3	7,8	12,4	10,7	13,0	16,1	34,1	35,5	34,2	29,9	16,4	16,4	17,7	17,7	
Grüne	11,1	12,0	16,0	15,1	18,2	23,5	36,0	32,7	18,7	16,7	9,5	9,5	9,2	9,2	
CSU	6,1	6,1	11,0	10,3	13,6	14,7	26,6	24,0	42,7	44,9	16,1	16,1	6,6	6,6	
Sonstige	12,2	16,2	19,3	18,6	17,1	20,5	31,2	26,6	20,2	18,1	10,4	10,4	9,8	9,8	
Insgesamt	6,8	7,6	11,8	11,3	13,5	16,5	29,1	27,9	38,8	36,8	14,6	14,6	24,2	24,2	

* Kumulierte Altersgruppe aus den 60- bis 69-Jährigen und den über 70-Jährigen. Leschinsweis: 10,7 Prozent der CDU-Wähler waren bei der Bundestagswahl 2013 zwischen 25 und 34 Jahren alt. Quelle: Der Bundeswahlleiter (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 7), S. 15.

Bisher wurde lediglich der Stimmenanteil für die Parteien nach Alter und Geschlecht ermittelt. Die Perspektive ist ebenso umkehrbar: So lässt sich nach dem prozentualen Anteil der Altersgruppen und der Männer wie Frauen bei den Parteien fragen. Dies verdeutlicht zum einen die elektoralen Schwerpunkte der Parteien augenfällig, zum anderen die Veränderungen gegenüber der letzten Wahl (vgl. Tabelle 5). So waren 2013 allein 36,9 Prozent der Wähler 60 Jahre und älter (2009: 34,7 Prozent), und lediglich 7,1 Prozent zwischen 18 und 24 Jahren (2009: 8,0 Prozent).³² Im Wahlgebiet Ost sind 40,1 Prozent der weiblichen Wähler über 60 Jahre.³³ Solche Tendenzen werden sich angesichts des demographischen Wandels verstärken. Damit erhält das ältere Elektorat für die Parteien eine immer größere Bedeutung, und „Wahlgeschenke“ an diese Generation erklären sich.

Was die Zusammensetzung der Wählerschaft betrifft, fallen die Befunde überraschend aus, weil der Betrachter oft unbewusst die Altersgruppen als gleich groß ansieht. So sind 42,8 Prozent der CDU-Wähler 60 Jahre und älter. Und selbst die Grünen mit bloß 4,3 Prozent in dieser Altersgruppe weisen hier 18,9 Prozent auf. Diese Altersgruppe umfasst 36,9 Prozent der Wähler. Bei der CDU sind 27,8 ihrer Wählerschaft 70 Jahre und älter, bei Bündnis 90/Grüne lediglich 8,9 Prozent. Die Unterschiede zwischen 2009 und 2013 springen besonders bei der FDP ins Auge: Waren 2009 nur 29,1 Prozent ihrer Wähler über 60, so gilt das 2013 für 38,9 Prozent. Die SPD hat im Vergleich zur Konkurrenz eine vergleichsweise ausgewogene Altersstruktur. Wenn die Gruppe der 35- bis 44-Jährigen Partei für Partei schwächer geworden ist als 2009, so geht der Befund darauf zurück, dass diese Wählerschaft innerhalb von vier Jahren stark zurückgegangen ist (2009: 17,0; 2013: 13,8 Prozent).

6. Stimmensplitting

Ein Blick auf die Kombination der Erst- und Zweitstimme ist aufschlussreich, weil er erhellte, wie eng eine Partei die eigene Klientel auch mit der Erststimme an sich bindet und wie stark die ideologische Nähe zu einer anderen Partei ist. Allerdings ist eine behutsame Interpretation vonnöten, da das Zweistimmensystem von den Wählern häufig nicht angemessen verstanden wird.³⁴ 2013 votierten von den Erststimmewählern der FDP bloß 55,6 Prozent mit der Zweitstimme für die Liberalen.³⁵ Ist das wirklich ein Beleg, dass fast jeder zweite dieser Wähler von der Persönlichkeit des FDP-Kandidaten so angetan war, dass er mit der Zweitstimme nicht „seiner“ Partei die Stimme gegeben hat? Oder wollten viele von ihnen der FDP helfen, damit sie in den Bundestag einzieht – und gaben damit irrtümlich die Erststimme den Liberalen und die entscheidende Zweitstimme einer anderen Partei?

32 Bei den Wahlberechtigten ist der Anteil etwas geringer, da die Wahlbeteiligung der 60- bis 69-Jährigen (79,8 Prozent) und die der über 70-Jährigen (74,8 Prozent) überdurchschnittlich hoch ausfällt.

33 Vgl. Der Bundeswahlleiter, a.a.O. (Fn. 7), S. 95.

34 Vgl. etwa *Rüdiger Schmitt-Beck*, Denn sie wissen nicht, was sie tun ... Zum Verständnis des Verfahrens der Bundestagswahl bei westdeutschen und ostdeutschen Wählern, in: ZParl, 24. Jg. (1993), H. 2, S. 393 – 415.

35 Vgl. Der Bundeswahlleiter, a.a.O. (Fn. 7), S. 22.

Tabelle 6: Kombination der Erst- und Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2013 (Zweitstimmen = 100)

Zweitstimme = 100	Erststimmen										ungültig
	CDU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne	CSU	Sonstige	darunter		Afd	
								Piraten	Afd		
CDU	89,8	4,4	1,5	1,1	1,6	–	1,3	0,4	0,3	0,3	0,5
SPD	4,6	84,1	0,5	2,7	5,1	0,8	1,7	0,6	0,3	0,3	0,4
FDP	53,8	5,4	27,4	0,6	1,2	9,3	1,9	0,5	0,5	0,5	0,4
Die Linke	5,5	15,7	0,4	69,2	4,7	0,5	3,7	1,7	0,5	0,5	0,4
Grüne	6,5	34,4	0,6	3,2	51,4	1,3	2,4	1,2	0,2	0,2	0,3
CSU	–	2,4	1,3	0,2	1,1	92,3	2,2	0,3	0,3	0,3	0,4
Sonstige	14,3	13,2	2,2	7,7	5,0	3,8	52,0	14,7	14,4	14,4	2,0
darunter Piraten	8,8	14,8	1,4	8,1	8,4	1,5	56,6	51,7	0,9	0,9	0,5
darunter Afd	19,5	13,9	2,6	9,0	2,9	3,1	46,4	5,1	30,0	30,0	2,6
ungültig	10,6	8,1	0,7	1,5	1,0	2,3	1,9	0,4	0,3	0,3	73,8

Lesehinweis: Von den Wählern, die 2013 mit der Zweitstimme die Grünen gewählt haben, gaben 34,4 Prozent ihre Erststimme der SPD.
 Quelle: Der Bundeswahlleiter (Hrsg.), a. a. O. (Fn. 7), S. 23.

Das Stimmensplitting ist 2013 im Vergleich zu 2009 von 26,4 auf 23,0 Prozent zurückgegangen.³⁶ Das dürfte mit dem geänderten Wahlrecht zusammenhängen (Kompensation der Überhangmandate) und der schroffen Reaktion der Union auf „Leihstimmen“-Kampagnen aus dem Lager der FDP. Gewiss, Überhangmandate sind entgegen einer verbreiteten Annahme nicht in erster Linie durch die „Aufteilung“ der Stimmen entstanden; doch hat eine solche Wahrnehmung vermutlich zur Reduzierung des Stimmensplittings beigetragen und damit wohl den Einzug der Liberalen in den Bundestag mit der Folge einer schwarz-gelben Bundesregierung verhindert.³⁷

Die Zweitstimmenwähler der CDU votierten zu 89,8 Prozent auch mit der Erststimme für „ihre“ Partei (vgl. Tabelle 6).³⁸ Für die SPD ergab sich ebenfalls ein hoher Wert (84,1 Prozent). Dass immerhin 69,2 Prozent der Zweitstimmenwähler der Linken mit der Erststimme „ihren“ Kandidaten treu geblieben sind, lässt sich wesentlich mit dem folgenden Umstand erklären: Die Anhänger dieser Partei wussten, dass die Linke nicht in eine Koalition einbezogen werden würde. Insofern gab es für sie keinen rechten Grund, mit der Erststimme anders zu entscheiden. Erstaunlicherweise fiel nur knapp dreimal mehr die Erststimme eines Zweitstimmenwählers der Linken an einen Repräsentanten der SPD (15,7 Prozent) als an einen der Union. Dieser Sachverhalt ist allerdings nicht im Sinne einer größeren Nähe der Wählerschaft der Linken zur Union (6,0 Prozent) als zu den Grünen (4,7 Prozent) zu interpretieren, sondern wohl damit erklärlich, dass Kandidaten der Grünen kaum eine Chance auf den Gewinn eines Direktmandates hatten. Knapp die Hälfte der Zweitstimmenwähler der Grünen votierte mit ihrer Erststimme zugunsten des Kandidaten einer anderen Partei. 34,4 Prozent kreuzten einen Bewerber der SPD an, 7,8 Prozent einen der Union. Nur 27,4 Prozent der FDP-Zweitstimmenwähler optierten auch für die Liberalen im Wahlkreis, hingegen 63,1 Prozent für einen Kandidaten der Union, lediglich 5,4 Prozent für einen der SPD. Diesen Angaben lässt sich zweierlei entnehmen: Erstens ist die Bindung der FDP-Zweitstimmenwähler an ihre Partei sehr gering, zweitens deren Bindung an die SPD deutlich geringer als die der Zweitstimmenwähler der Grünen an die Union. Die Wähler der AfD gaben mit 30,0 Prozent ihre Erststimme häufiger dem eigenen Kandidaten als die der FDP, obwohl lediglich in 158 von 299 Wahlkreisen überhaupt ein AfD-Bewerber aufgestellt war. Im Vergleich zum Stimmensplitting bei der Bundestagswahl 2009³⁹ gibt es einen Hauptunterschied: Seinerzeit votierten die FDP-Zweitstimmenwähler (14,6 Prozent) in immerhin 44,8 Prozent der Fälle auch für den eigenen Kandidaten.

7. Altersspezifische und lebenszyklische Effekte

Da die Genauigkeit der Daten außer Frage steht, bilden diese für die Parteien im Rahmen ihrer Wahlkampfstrategie eine wichtige Grundlage. Allerdings ist das Wahlverhalten nicht in erster Linie durch Geschlecht und Alter determiniert. Schließlich schlägt sich das

36 Vgl. Mitteilung von *Kevin Kobold* aus dem Statistischen Bundesamt an den Verfasser am 31. Januar 2014.

37 Das gilt wohl nicht für die AfD. Denn Anhänger der Union konnten kein Interesse daran haben, der AfD zu helfen, da die Union diese nicht als „koalitionstauglich“ ansah.

38 Bei der CSU waren es sogar 92,3 Prozent.

39 Statistisches Bundesamt, a.a.O. (Fn. 5), H. 4, S. 19.

(schlechte oder gute) Abschneiden bei Wahlen in allen Altersgruppen und bei Männern wie Frauen gleichermaßen nieder, allerdings mit gewissen Abweichungen.

Die Forschung streitet sich darüber, ob das Wahlverhalten eher durch lebenszyklische Effekte bestimmt ist (die Wähler revidieren mit dem Alter ihre Präferenzen) oder eher durch generationenspezifische – das Votum der Wähler einer Alterskohorte ändert sich im Laufe der Jahre wenig(er).⁴⁰ Vereinfacht ausgedrückt: Im ersten Fall müssten die Parteien vor allem um die älteren Wähler werben (wegen der schieren Größe dieser Gruppe), im zweiten verstärkt um die jüngeren (wegen des „Aussterbens“ älterer Generationen). Wer die Daten betrachtet, dürfte den lebenszyklischen Effekten ein größeres Gewicht beimessen:

Ob jemand wählt, hängt weniger davon ab, in welchem Jahr er geboren wurde, als vielmehr davon, wie alt er ist.⁴¹ Der prominenteste Generationeneffekt, der eine höhere Wahlbeteiligung unter Älteren erklärt, ist das in der heutigen (Nach-)Kriegsgeneration verbreitete Gefühl der „Bürgerpflicht“. Dem steht eine Vielzahl an Alterseffekten gegenüber: Unabhängig von der Sozialisation in einer bestimmten Epoche treten Menschen in fortgeschrittenem Alter „routinemäßig“ den Gang zur Wahlurne an – sie halten die Stimmabgabe für eine gesellschaftlich bindende Verhaltensnorm und bringen größeres Verständnis für die Notwendigkeit der Teilnahme auf als Jüngere.

Wen jemand wählt, hängt gleichfalls weniger von seiner Sozialisation als vielmehr von seinem Alter ab⁴²: Wähler dürften dazu neigen, Kandidaten ihre Stimme zu geben, die sich in ihrem Alter befinden. Das gibt den Parteien einen Anreiz, ältere Kandidaten zu präsentieren. Zudem fällt die Identifikation mit – vor allem etablierten – Parteien aufgrund von Lern- und habituellen Effekten deutlich höher bei Älteren als bei Jüngeren aus. Dass sich Union und SPD bald als „20-Prozent-Parteien“⁴³ wiederfinden könnten, ist darum unwahrscheinlich: Wähler lernen, dass es sich eher „lohnt“, diese Parteien zu wählen als etwa FDP und Grüne, denn die Aussichten auf Parlamentseinzug und Regierungsbeteiligung sind größer. Dem steht jedoch die Wirkung des generationenspezifischen Wertewandels gegenüber, der unterschiedliche Parteipräferenzen verursacht. Dies veranschaulicht das erwähnte „Ergrauen der Grünen“. Rentnerparteien sind, weil sich die Sympathien der Wähler nicht mit dem Renteneintritt „von heute auf morgen“ ändern und weil es sich um Ein-Themen-Parteien handelt, allerdings ohne Chancen.

40 Vgl. *Sabine Pokorny*, Junge Wähler: hoffnungslos verloren? Das Wahlverhalten der Generationen, Berlin 2012; *dies.*, Mit 60 Jahren fängt das Wählen an. Das Wahlverhalten der älteren Generation, Berlin 2013.

41 Vgl. *Achim Goerres*, Das Wahlverhalten älterer Menschen. Forschungsergebnisse aus etablierten Demokratien, in: ZParl, 41. Jg. (2010), H. 1, S. 102 – 120, S. 104 – 109.

42 Vgl. ebenda, S. 110 – 118.

43 So aber *Carmen Schmidt / Jan Knipperts*, Politische Generationen, demographischer Wandel und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland: Schicksalsjahre des deutschen Parteiensystems, in: ZParl, 44. Jg. (2013), H. 4, S. 872 – 891, S. 891.